

Silvia Dingwall
Einwohnerrätin
Sternenstr. 7
5415 Nussbaumen

An den Präsidenten des Einwohnerrates
Herr Patrick Hehli
Erlenweg 1E
5416 Kirchdorf

Nussbaumen, 26.10.10

Sehr geehrter Herr Präsident,

Im Namen der Fraktion SP/Grüne reiche ich Ihnen das folgende Postulat ein.

Wir bitten den Gemeinderat um Prüfung unseres folgenden Anliegens:

Postulat betreffend Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung – auch unter spezieller Berücksichtigung sozialer Kriterien

Text

1. Die auf das Jahr 1993 bzw. 2003 zurückgehende Richtlinie „Umweltschutz in Betrieben und Bauten der Gemeinde“ soll auf ihre Aktualität hin überprüft und wenn nötig angepasst werden.

2. Die Richtlinie wird mit sozialen Kriterien ergänzt.

3. In seinem jährlichen Rechenschaftsbericht informiert der Gemeinderat zukünftig in einem separaten Abschnitt über die im Berichtsjahr in der Gemeinde unternommenen Anstrengungen, um dem Prinzip der Nachhaltigkeit Nachachtung zu verschaffen.

Begründung:

(1) Nachdem anscheinend bei den Obersiggenthaler Behörden und in der Verwaltung die aus den Jahren 1993 bzw. 2003 stammende Richtlinie „Umweltschutz in Betrieben und Bauten der Gemeinde“ vergessen gegangen ist, scheint es uns an der Zeit, diese wieder aus den Schubladen hervorzunehmen, sie zu aktualisieren und den Behörden, Kommissionen, Abteilungen usw. wieder ans Herz zu legen. Damit soll auch zukünftig nachhaltiges Handeln in allen Bereichen der Gemeindeverwaltung und -betriebe gefördert werden.

(2) Die unter Punkt 1 erwähnte Richtlinie stammt aus dem Jahre 1993. Damit zeigt sich, dass im Bereich der Ökologie seit längerem an Nachhaltigkeits-Konzepten gearbeitet wird. Einen Aufholbedarf gibt es jedoch im sozialen Bereich. Es war lange Zeit schwierig, verlässliche Partner und geeignete Strategien für die Umsetzung sozialer Kriterien zu finden. Inzwischen gibt es jedoch Beispiele erfolgreicher Strategien: Die Interessengemeinschaft ökologische Beschaffung (IGÖB) berücksichtigt immer stärker auch soziale Standards, und vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) ist ein Leitfadent erschienen, der wichtige Grundlagen und praktikable Wege aufzeigt.

Für eine sozial nachhaltige Beschaffung müssen als Mindestanforderung die sogenannten Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und die nationale Gesetzgebung im Produktionsland eingehalten werden.“ Die IAO-Kernarbeitsnormen verbieten Zwangs- und Kinderarbeit, garantieren das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, fordern Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern und verbieten Diskriminierung in der Arbeitswelt.

Die Einhaltung dieser Grundrechte sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Wir wollen mit unseren Steuergeldern nicht Produzenten unterstützen, die sich nicht um Menschenrechte scheren und ihre Angestellten ausbeuten.

Deshalb bitten wir darum, die obenerwähnte Richtlinie für das Beschaffungswesen der Gemeinde mit sozialen Kriterien zu ergänzen. Die Gemeinde soll beim Einkauf von Gütern und Dienstleistungen ihre Lieferanten und Leistungserbringer darauf verpflichten, die Bestimmungen der Kern-Übereinkommen der IAO einzuhalten. Beim Einkauf ist Produkten aus fairem Handel der Vorzug zu geben.

Zum Schluss verweisen wir – in diesem Zusammenhang - auf ein aktuelles Beispiel: Womit, so fragen wir uns, soll der Hirschenplatz in Kirchdorf gepflastert werden? (Vgl. dazu TA vom 21. Oktober, „Pflastersteine aus Kinderhand?“)

(3) Das Beschaffungswesen der Gemeinde Obersiggenthal soll in Sachen Nachhaltigkeit vorbildlich sein. Wir gehen davon aus, dass dies auch der Gemeinderat so sieht, auch wenn in den neusten Legislaturzielen keine Rede mehr davon ist, dass sich die Tätigkeiten der Obersiggenthaler Behörden und Verwaltung nach den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung richten. Damit diese Prinzipien im Laufe der Zeit in all den verschiedenen Abteilungen und Dienststellen nicht (wieder) vergessen gehen, soll dieses Thema jährlich im Rechenschaftsbericht der Gemeinde aufgenommen werden: Tue Gutes – und berichte darüber!

Freundliche Grüsse



Silvia Dingwall
Für die SP/Grüne Fraktion

Beilage:

TA 21.10.2010 / Pflastersteine aus Kinderhand?

Pflastersteine aus Kinderhand?

Von Amir Ali. Aktualisiert am 21.10.2010 3 Kommentare

Bewusster Umgang mit Steuergeldern endet nicht beim Sparen. Bei der Beschaffung von Waren aus China oder Indien stellt sich den Gemeinden die Frage der sozialen Nachhaltigkeit.



Unter unbekanntem Umständen hergestellt: Die Steine, die für die Sanierung der Bülacher Altstadt verlegt wurden.
Bild: René Kälin

Granit aus Asien ist billiger

Granit aus China, Vietnam oder Indien ist in grösseren Mengen, in besserer Qualität und vor allem billiger zu haben als Ware aus Europa oder der Schweiz, sagen Fachleute. Anastasios Ghiatras vom Grosshändler Interstein AG schätzt den Preisunterschied auf 20 bis 30 Prozent. «Die Herkunft wird aber immer mehr zum Thema», sagt er.

Ungewissheit über die Arbeitsbedingungen in asiatischen Steinbrüchen wollen sich immer weniger Beschaffer der öffentlichen Hand leisten. Die 25'000 Tonnen, die Interstein jährlich aus Asien importiert, sind mit dem Label «Fair Stone» zertifiziert. Vertreter der Firma seien jährlich vor Ort, um dessen Einhaltung zu überprüfen.

Wer im Auftrag der Stadt Zürich Natursteine verbauen will, muss vorab deren Herkunft deklarieren und bei aussereuropäischer Ware ein anerkanntes Zertifikat vorlegen. Ist der Auftrag vergeben, unterzeichnen Bauunternehmer mit dem Vertrag die Nachhaltigkeitsrichtlinien der Stadt und garantieren für deren Einhaltung in der gesamten Produktionskette. «Wir kontrollieren jede Charge, die auf die Baustelle geliefert wird», sagt der stellvertretende Stadtgenieur Wilmar Kröhenhübel. Ein- bis zweimal jährlich

Nach der Sanierung der Bülacher Altstadt tauchten unbequeme Fragen auf: Wo genau kam der verbaute chinesische Granit her? Unter welchen Arbeitsbedingungen wurde er aus dem Fels gebrochen? Stadtrat Hanspeter Lienhart räumte damals ein: «Dass die Pflastersteine aus China stammen, ist kein Ruhmesblatt für uns.» Als Begründung für den Entscheid führte er den «enormen Kostendruck» an.

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) fordert in einer Kampagne von den Gemeinden, die Einhaltung von sozialen Mindeststandards bei der Beschaffung gesetzlich festzuschreiben. «Mit einem jährlichen Beschaffungsvolumen von 36 Milliarden Franken hat die öffentliche Hand eine extreme Marktmacht», sagt Kampagnenleiter und Juso-Präsident Cédric Wermuth. Auf der Website des SAH schneiden die Unterländer Gemeinden schlecht ab. Nur gerade Buchs und Nürensdorf attestiert die Nichtregierungsorganisation bei der Beschaffung von Waren auf faire Produktionsbedingungen zu achten.

Rechtliche Grenzen?

Kein Thema ist die Herkunft von Steinen für den Strassenbau in Rafz. «Es wäre eine Überlegung wert», findet zwar René Strahm, Leiter des Bauamts. Die Verantwortung dafür liege jedoch bei Bund und Kantonen,

Bauunternehmer mit dem Vertrag die Nachhaltigkeitsrichtlinien der Stadt und garantieren für deren Einhaltung in der gesamten Produktionskette. «Wir kontrollieren jede Charge, die auf die Baustelle geliefert wird», sagt der stellvertretende Stadtgenieur Vilmar Krähenbühl. Ein- bis zweimal jährlich überprüfe die Stadt zudem die Einhaltung der Zertifikate bei den Importeuren. Dies sei ein grosser Aufwand, der sich für kleinere Gemeinden nicht lohne. «Sie können aber von unserer Arbeit profitieren und bei ihren Submissionen jene Zertifikate voraussetzen, die wir überprüft haben», schlägt der Zürcher Stadtgenieur vor. (ami)

Rechtliche Grenzen?

Kein Thema ist die Herkunft von Steinen für den Strassenbau in Rafz. «Es wäre eine Überlegung wert», findet zwar René Strahm, Leiter des Bauamts. Die Verantwortung dafür liege jedoch bei Bund und Kantonen, die Gemeinden hätten keine Möglichkeit zur Einflussnahme. Auch Eglisau macht bei Aufträgen im Strassenbau keine Vorschriften. Gemeindeschreiber Kurt Forster sieht «submissionsrechtliche Probleme».

Dass eine Sensibilität für das Thema und ein rechtlicher Handlungsspielraum durchaus bestehen, zeigt ein Augenschein bei Unterländer Gemeinden. In Kloten blitzte zwar im Frühling 2009 die SP-Forderung nach einem «fairen Beschaffungswesen» im Gemeinderat ab. Auf Weisung des Stadtrates ist die Herkunft von Natursteinen jedoch seit gut einem Jahr in den Richtlinien verankert. «Wir nehmen seither nur noch Steine aus Italien, Portugal oder der Schweiz», sagt Markus Maag, Leiter Tiefbau und Unterhalt.

Kaum teurer

Auch Wallisellen will keine asiatischen Steine im Boden. Die Gemeinde gibt jährlich rund 4 Millionen Franken für den Strassenbau aus und verlangt in Ausschreibungen, dass Natursteine aus der Schweiz oder dem europäischen Ausland kommen. Weniger formell handhabt es die Gemeinde Dietlikon. Heinrich Bräm, Leiter Unterhalt, beschreibt seine Praxis: «Wer sich an Ausschreibungen beteiligt, muss immer auch eine Offerte mit einheimischem Stein einreichen.» Die Preisunterschiede seien klein, da Naturstein jeweils einen geringen Teil der Gesamtkosten eines Projekts ausmache. Und er fügt an: «Wie das mein

Nachfolger dereinst regelt, weiss ich natürlich nicht.»

«Die Kontinuität muss gewährleistet sein. Und zwar nicht nur bei Pflastersteinen», sagt SAH-Kampagnenleiter Wermuth. Auch Polizeiuniformen oder Bettwäsche für Spitäler würden zum Teil unter prekären Umständen hergestellt. Mit der gesetzlichen Verankerung könnten die Gemeinden als grosse Abnehmer ein Zeichen setzen und die Produzenten zwingen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Ob in Bülach die Herkunft von Steinen bei der Vergabe von Bauaufträgen mittlerweile ein Kriterium ist, kann Markus Burkhard, Leiter Planung und Bau, nicht mit Bestimmtheit sagen. «Wir werden in Zukunft aber sicher stärker darauf achten», meint er. Schliesslich sei eines der Legislaturziele des Stadtrates die Einrichtung eines «Nachhaltigkeits-Management-Systems».

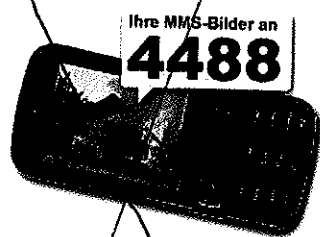
Mehr Nachrichten und Hintergründe vom Unterland gibt es täglich im Regionalbund des Tages-Anzeigers. Schreiben Sie direkt an unterland@tages-anzeiger.ch

(Tages-Anzeiger)


Erstellt: 20.10.2010, 20:18 Uhr

Bauunternehmer mit dem Vertrag die Nachhaltigkeitsrichtlinien der Stadt und garantieren für deren Einhaltung in der gesamten Produktionskette. «Wir kontrollieren jede Charge, die auf die Baustelle geliefert wird», sagt der stellvertretende Stadtgenieur Vilmar Krähenbühl. Ein- bis zweimal jährlich überprüfe die Stadt zudem die Einhaltung der Zertifikate bei den Importeuren. Dies sei ein grosser Aufwand, der sich für kleinere Gemeinden nicht lohne. «Sie können aber von unserer Arbeit profitieren und bei ihren Submissionen jene Zertifikate voraussetzen, die wir überprüft haben», schlägt der Zürcher Stadtgenieur vor. (ami)

Etwas gesehen, etwas geschehen?



Haben Sie etwas Aussergewöhnliches gesehen, fotografiert oder gefilmt? Ist Ihnen etwas bekannt, das die Leserinnen und Leser von Tagesanzeiger.ch/Newsnetz wissen sollten? Senden Sie uns Ihr Bild, Ihr Video, Ihre Information per MMS an **4488** (CHF 0.70 pro MMS).

 Die Publikation eines exklusiven Leserreporter-Inhalts mit hohem Nachrichtenwert honoriert die Redaktion mit **50 Franken. Mehr...**

Rechtliche Grenzen?

Kein Thema ist die Herkunft von Steinen für den Strassenbau in Rafz. «Es wäre eine Überlegung wert», findet zwar René Strahm, Leiter des Bauamts. Die Verantwortung dafür liege jedoch bei Bund und Kantonen, die Gemeinden hätten keine Möglichkeit zur Einflussnahme. Auch Eglisau macht bei Aufträgen im Strassenbau keine Vorschriften. Gemeindeschreiber Kurt Forster sieht «submissionsrechtliche Probleme».

Dass eine Sensibilität für das Thema und ein rechtlicher Handlungsspielraum durchaus bestehen, zeigt ein Augenschein bei Unterländer Gemeinden. In Kloten blitzte zwar im Frühling 2009 die SP-Forderung nach einem «fairen Beschaffungswesen» im Gemeinderat ab. Auf Weisung des Stadtrates ist die Herkunft von Natursteinen jedoch seit gut einem Jahr in den Richtlinien verankert. «Wir nehmen seither nur noch Steine aus Italien, Portugal oder der Schweiz», sagt Markus Maag, Leiter Tiefbau und Unterhalt.

Kaum teurer

Auch Wallisellen will keine asiatischen Steine im Boden. Die Gemeinde gibt jährlich rund 4 Millionen Franken für den Strassenbau aus und verlangt in Ausschreibungen, dass Natursteine aus der Schweiz oder dem europäischen Ausland kommen. Weniger formell handhabt es die Gemeinde Dietlikon. Heinrich Bräm, Leiter Unterhalt, beschreibt seine Praxis: «Wer sich an Ausschreibungen beteiligt, muss immer auch eine Offerte mit einheimischem Stein einreichen.» Die Preisunterschiede seien klein, da Naturstein jeweils einen geringen Teil der Gesamtkosten eines Projekts ausmache. Und er fügt an: «Wie das mein

Nachfolger dereinst regelt, weiss ich natürlich nicht.»

«Die Kontinuität muss gewährleistet sein. Und zwar nicht nur bei Pflastersteinen», sagt SAH-Kampagnenleiter Wermuth. Auch Polizeiuniformen oder Bettwäsche für Spitäler würden zum Teil unter prekären Umständen hergestellt. Mit der gesetzlichen Verankerung könnten die Gemeinden als grosse Abnehmer ein Zeichen setzen und die Produzenten zwingen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Ob in Bülach die Herkunft von Steinen bei der Vergabe von Bauaufträgen mittlerweile ein Kriterium ist, kann Markus Burkhard, Leiter Planung und Bau, nicht mit Bestimmtheit sagen. «Wir werden in Zukunft aber sicher stärker darauf achten», meint er. Schliesslich sei eines der Legislaturziele des Stadtrates die Einrichtung eines «Nachhaltigkeits-Management-Systems».

Mehr Nachrichten und Hintergründe vom Unterland gibt es täglich im Regionalbund des Tages-Anzeigers. Schreiben Sie direkt an unterland@tages-anzeiger.ch

(Tages-Anzeiger)

Erstellt: 20.10.2010, 20:18 Uhr